

# Abschlussstatement von Nonta, Stanley und Vincent

von der Hauptverhandlung am 25.2. beim Amtsgericht Cottbus

## Einleitung

In Vorbereitung auf diesen Schauprozess haben wir drei in den letzten Tagen wieder unsere Aktion reflektiert. Dabei ist ein Drama in drei Akten entstanden. Davon lese ich die ersten zwei.

## I. Klimakrise

Die momentane Lage unserer Gesellschaft in Bezug zur Klimakrise erinnert uns an eine Anekdote: Ein Mensch fällt aus dem 40. Stock eines Hochhauses. Während er fällt, denkt er: „Bis jetzt läuft alles gut. Bis jetzt läuft alles gut!“

Doch worauf genau rasen wir gerade mit atemberaubender Geschwindigkeit zu?

Der Meeresspiegel steigt, so dass ganze Länder in wenigen Jahren komplett im Meer versinken.

Wetterextreme wie Dürren, Überschwemmungen und Wirbelstürme häufen sich. Die Landwirtschaft wird in vielen Gegenden der Erde nicht mehr möglich sein. Familien werden durch Ernteaufschläge und Hungersnöte gezwungen sein zu flüchten. Wir haben gesehen, wie überfordert die europäischen Gesellschaften 2015 mit einer Million Geflüchteten waren. Fast überall erstarkte der Faschismus.

Was wird passieren, wenn erst 100 Millionen Menschen an den Toren Europas ankommen?

Denn die Klimakrise hat auch eine perfide Gerechtigkeitskomponente. Die Menschen, die historisch wie heute eher weniger CO<sub>2</sub> verbrauchen, sind gleichzeitig oft die selben, die stärker unter der Klimakrise leiden.

Wir müssen endlich mit dieser „es ist 5 vor 12“ Mentalität brechen. In Wahrheit ist es bereits 5 nach 12. Es geht schon lange nicht mehr nur um Eisbären.

Die Klimakrise wird unsere Lebensgrundlagen auf diesem Planeten drastisch verändern – und zwar überall. Die Frage ist, wer hat die Möglichkeiten sich anzupassen?

Mittlerweile geht es nicht mehr darum den Klimawandel aufzuhalten, sondern ihn abzumildern.

Um das zu tun, müssen wir JETZT handeln. In der Logik unseres momentanen Wirtschaftssystems, dem Kapitalismus, werden Produkte hergestellt, um Arbeitsplätze zu schaffen. Da diese Produkte oft niemand braucht, müssen sie mit Marketingtricks an Menschen verkauft werden. Damit wir aber noch schneller Produkte kaufen, gehen sie immer schneller kaputt. Denn so wächst unsere Wirtschaft. Aber unser Planet wächst nicht mit. Unsere Ressourcen sind begrenzt. Und eine Folge davon ist die Klimakrise.

Wir müssen unsere Emissionen massiv senken, wenn wir als Weltgemeinschaft überleben wollen. Doch das funktioniert nicht mit ein bisschen weniger Autofahren hier und ein bisschen mehr Ökostrom da. Dafür müssen wir alle Bereiche unseres Lebens und Wirtschaftens grundlegend transformieren.

Ein Anfang wäre ein sofortiger Kohleausstieg in Deutschland, da eine CO<sub>2</sub>-Reduktion hier im Vergleich zu anderen Bereichen relativ einfach ist.

Das was uns die Kohlekommission vorgestellt hat, liest sich, im Vergleich zu unserer derzeitigen Lage, wie ein Witz. Es wäre ehrlicher gewesen zu schreiben: „Hier geht es nicht ums Klima, sondern um unseren Profit“. Denn die Kohlekommission bestand unverhältnismäßig stark aus der Kohlelobby und bildete nicht die Gesellschaft ab. Es war auch keine einzige Person darin vertreten, die die Folgen der Klimakrise heute schon spürt. So war es auch nicht verwunderlich, dass selbst das Pariser Klimaabkommen mit dem Ergebnis meilenweit verfehlt wird. Damit bricht Deutschland gegenüber der Weltgemeinschaft sein Wort und so einen internationalen Kompromiss. Auch auf die Menschen in den vom Abbagern bedrohten Dörfern wurde kaum Rücksicht genommen; ihre Zukunft bleibt weiter ungewiss.

Wie können ganze Dörfer zerstört werden, nur um mit der Verbrennung der Braunkohle darunter, die Klimakrise weiter anzufeuern und so die Lebensgrundlage von Milliarden von Menschen zu gefährden? Wie kann Klimaschutz im Jahr 2019 überhaupt noch etwas sein, das verhandelt werden muss?

Immer mehr Menschen gehen auf die Straße, weil sie merken, dass hier gehörig etwas schief läuft.

Wir können uns auf niemand mehr verlassen, auf keine Regierungen und schon gar nicht auf solche Kohlekommissionen. Doch in Brüssel, Köln, Berlin und München gab es in den vergangenen Wochen riesige Demos. Tausende Kinder und Jugendliche gehen nicht zur Schule, weil sie ihre Zukunft in Gefahr sehen. Das entfacht Hoffnung.

Wir haben am 4.2. einen Bagger besetzt, um unseren Teil dazu beizutragen.

Starke Bedrohungen benötigen radikale Handlungen. Dieser Wahnsinn muss sofort aufhören!

Da die Kohlekommission nicht genügend handelt und die Politik weiter schläft, muss die Zivilgesellschaft übernehmen. Dann bleibt der Kohleausstieg Handarbeit!

## II. Polizeigewalt

Die Polizei versucht sich immer wieder in Deutschland als „dein Freund und Helfer“ zu inszenieren. Während das bei manchen Menschen funktioniert, mussten wir andere Erfahrungen machen. Wir haben versucht unseren Beitrag zu leisten, die Klimakrise einzudämmen und die Welt so ein Stück gerechter zu machen. Die Antwort der Polizei darauf war massive Gewalt und Menschenrechtsverletzungen.

Während der Fahrt vom Tagebau zur Polizeistation wurden unsere Hände mit Kabelbindern hinter unserem Rücken gefesselt. Gleichzeitig wurden wir fest angeschnallt, so dass uns der Gurt nach hinten presste und uns die Handgelenke verletzte. Obwohl mehrere Aktivist\*innen vor Schmerz weinten und mehrfach darum baten, wurden wir auch während der 4 Stunden, die wir im Transporter vor der Wache warteten nicht losgeschnallt. Die vor Schmerzen weinende Aktivistin

lachte ein Polizist der zuständigen Hundertschaft aus Potsdam mit dem Kommentar aus:  
„Schmerzen sind nur ein Konzept im Kopf“.

Während die Polizei zur erkennungsdienstlichen Behandlung 30 Minuten pro Person benötigte, wurden die restlichen Aktivist\*innen gezwungen mehrere Stunden bei offener Tür im Transporter, bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt zu frieren, obwohl es in der Wache ausreichend beheizte Kapazitäten gab.

Während dieser insgesamt 5 Stunden wurde uns jeglicher Toilettengang verweigert. Das war bei zwei Personen besonders schlimm, da die eine Person Durchfall hatte und die andere ihren Tampon wechseln musste, der bereits das Maximum an Flüssigkeit aufgenommen hatte. Beides teilten wir den Beamt\*innen mehrfach mit, doch sie lachten uns deswegen nur aus. Selbst als die Person mit Durchfall sich in die Hose macht, wurde ihr weiterhin der Toilettengang verwehrt.

Endlich in der Gefangenensammelstelle angekommen, gingen die menschenunwürdigen Rechtsverstöße seitens der Polizei weiter. Trotz Widerspruchs und des Verweises, dass dies nur durch einen Arzt erfolgen darf, zwangen Polizist\*innen manche Aktivist\*innen, sich nackt auszuziehen und betasteten ihre Anusse. Bei der Abnahme unserer Fingerabdrücke schlug ein Polizist einem Aktivist mit der Hand ins Gesicht.

Des Weiteren wurde mehreren Aktivist\*innen über die gesamte 17-stündige Ingewahrsamnahme ihr Recht auf ein Telefonanruf verweigert.

Durch das eben erwähnte stundenlange Frieren im Bus vor der Gefangenensammelstelle hatten drei Aktivist\*innen am nächsten Tag Fieber. Der gerufene Amtsarzt verweigerte die Behandlung bei Menschen, die ihre Identität nicht nennen wollten. Dies führte bei einem Aktivist zu einer Lungenentzündung, wie die zuständige Ärztin in der JVA tags darauf feststellte.

Während der gesamten Zeit waren wir ebenfalls erniedrigenden Beleidigungen wie „scheiß Schwuchteln“ und „ich hoffe ihr werdet im Knast vergewaltigt“ ausgesetzt.

Das Schlimmste an diesen Taten ist, dass wir nicht zum ersten Mal mit ihnen konfrontiert sind. Massive Rechtsverstöße und Gewalt sind ein strukturelles Problem in der Polizei das unter anderem Menschen, die sich friedlich für einen politischen Wandel einsetzen nur allzu gut kennen. Eine Verfolgung dieser Rechtsbrüche ist praktisch unmöglich, da es keine unabhängigen Ermittlungsstellen gibt, Polizist\*innen sich gegenseitig decken und die Justiz ihnen grundsätzlich mehr Glauben schenkt.

### III. Justizversagen

Die letzten drei Wochen verbrachte ich nun mit Stanley und Nonta auf einem Flur. In diesen drei Wochen durchlebten wir viele Emotionen, wir hatten sehr gute und sehr schlechte Launen. Gestern haben wir wieder einmal lachen müssen, als wir rekonstruierten, wie wir zu Gefangenen wurden. Das ist nämlich sehr absurd.

In unseren Haftbefehlen steht „Hausfriedensbruch“, ein Bagatelldelikt. In den letzten Jahren gab es schon einige Baggerbesetzungen, auch hier in der Lausitz. Es gab auch schon Verfahren gegen Aktivist\*innen wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch, die jedes Mal mit einem Freispruch endeten. Die einstimmige juristische Meinung war, das U-Haft bei einem Hausfriedensbruch in Verbindung mit einer Identitätsverweigerung völlig unverhältnismäßig ist. Niemand hat während der Aktionsvorbereitung eine Freiheitsberaubung in Erwägung gezogen, wir waren alle sehr überrascht und bestürzt. Weil wir, laut Staatsanwaltschaft, mit unserer politischen Aktion möglicherweise einen Hausfriedensbruch begangen haben, wurden wir gefangen genommen. Eingesperrt und mit Menschen, denen Mord oder Vergewaltigung vorgeworfen wird. Obwohl ich sagen muss, dass die meisten Gefangenen, die wir im Knast kennengelernt haben, unglaublich nett und hilfsbereit waren. Also warum probiert die Justiz gerade, mit so überzogenen, unverhältnismäßigen Mitteln, uns zu kriminalisieren?

Wahrscheinlich hat die Politik angst. Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, dass wir uns im Kampf um eine klimagerechtere Welt nicht unterkriegen lassen. Unsere Bewegung wächst rasant. Die Menschen in diesem Staat wollen einen raschen Kohleausstieg, doch das Land Brandenburg nahm in der Kohlekommission eine Blockadehaltung ein. Die regierenden Parteien, SPD und Linke, können bei diesem Thema nur verlieren, daher versuchen sie, das Thema klein zu halten und uns mundtot zu machen. Sie versuchen uns einzuschüchtern, damit im Sommer nicht 10.000 Menschen kommen und Kohleinfrastruktur blockieren. Sie wollen uns kriminalisieren, damit unsere Forderungen nicht gehört werden müssen und sie weiter beim Thema Klimagerechtigkeit schlafen können. Sie wollen ein Exempel statuieren, damit in Zukunft immer so hart gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung vorgegangen werden kann.

Wir hätten täglich unsere Identitäten preisgeben können und unsere Gefangenschaft wäre beendet gewesen. Identitätsverweigerung ist eine Ordnungswidrigkeit, ähnlich wie Falschparken. Niemand käme auf die Idee, Menschen wegen Falschparken gefangen zu nehmen. Das ist so absurd, als hätten wir in diesem Land keine dringlicheren Probleme. Erst letztes Jahr veranstalteten tausende Nazis in Chemnitz Hetzjagden auf ausländisch gelesene Menschen, während die Polizei tagelang zuschaute. Wir setzen uns für eine bessere Welt ein und erfahren massive Polizeigewalt. In den drei Wochen unserer Gefangenschaft konnten wir nicht arbeiten, nicht studieren und keine Menschen sehen, die uns nahe stehen. Nur weil uns der Staat eine Lehre erteilen wollte. Heute ist der erste Tag, an dem wir wieder ein paar bekannte Gesichter sehen. Das freut uns unglaublich.

Doch zurück zum Politischen. Eines steht fest: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir machen weiter. In den letzten Wochen gab es sieben Besetzungen von Kohleinfrastruktur in Deutschland, so viele wie nie zuvor, obwohl der Staat seine Zähne zeigt und versucht, unsere vielfältige Zivilgesellschaft einzuschüchtern. Er schreckt nicht davor zurück, Schüler\*innen an den Pranger zu stellen, wenn sie in ihrer Unterrichtszeit für Klimaschutz streiken und junge Aktivist\*innen der Freiheit zu berauben. Doch auf jeden Gefangenen kommen zehn neue Aktivist\*innen. Sie verstehen, dass in diesen Zeiten der Klimakrise niemand kommt, um sie zu retten. Es ist die Aufgabe unserer Generation geworden, die Klimakrise zu bremsen, das Zeitalter der fossilen Brennstoffe zu beenden und eine andere, eine befreite, solidarische Weltgemeinschaft zu erschaffen.